

# «Politisch überragendes Ziel»

Bis Jahresende soll die EU-Erweiterung unter Dach und Fach sein – Noch einige grosse Hürden

BRÜSSEL: Die Zeit drängt: Bis zum Jahresende will die Europäische Union das historische Ziel der Vereinigung des Kontinents unter Dach und Fach haben. Bis dahin sollen die Beitrittsverhandlungen mit acht osteuropäischen Staaten sowie Malta und Zypern abgeschlossen sein. Nach der Ratifizierung sollen diese Länder der Union dann 2004 beitreten.

Alexander Ratz

Die Bedeutung des Projekts ist allen Beteiligten klar. «Die Erweiterung ist politisch ein so überragendes Ziel, dass man unbedingt dafür sorgen muss, dass sie gelingt», betonte unlängst auch der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder.

## «Fenster der Gelegenheit»

Festgezurt werden soll die Erweiterung auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember in Kopenhagen. Dass dieser Termin unbedingt eingehalten werden muss, weiss auch der dänische Ministerpräsident und amtierende EU-Ratsvorsitzende Anders Fogh Rasmussen: «Schon eine kleine Verzögerung könnte zu einer langen Verschiebung der Erweiterung führen.» Das spiegelt auch die Meinung in Brüssel wider: Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen spricht von einem «Fenster der Gelegenheit...», das sich aber auch wieder schliessen könnte, wenn wir die uns gebotene Chance nicht energisch nutzen.

Die durchklingende Panik ist berechtigt. Denn bis Dezember gilt es, noch einige grosse Hürden zu nehmen: Die Verhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern sind zwar weit fortgeschritten. Die kritischste Frage aber, die Agrarpolitik und da besonders die Zukunft der üppigen EU-Subventionen für Bauern, ist noch ungeklärt. Und entscheidend dabei ist nicht, dass sich die EU mit den Kandidaten darauf verständigt, wie die neuen Länder in die Agrarpolitik eingebunden werden.

## Verhärtete Fronten

Zunächst müssen sich die 15 selbst auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen. Und die Fronten zwischen Nettozahlern und Nutznießern der



Für die EU-Erweiterung ist zunächst der Vertrag von Nizza massgebend, der am 26. Februar 2001 unterzeichnet wurde. Damit der Vertrag in Kraft tritt, muss er von allen 15 EU-Staaten ratifiziert werden. Irland steht noch aus.

EU-Agrarpolitik sind verhärtet. Während Deutschland, Grossbritannien, Schweden und die Niederlande eine Reform der Agrarsubventionen fordern, weigert sich besonders Frankreich, das System zu ändern. Denn die französischen Bauern profitieren am meisten von den EU-Milliarden aus Brüssel. Premierminister Jean-Pierre Raffarin machte bereits in seiner ersten Regierungserklärung klar, dass Frankreich keinen Cent abgeben werde. Der Streit droht nun das ohnehin nicht zum besten bestellte Verhältnis zwischen Paris und Berlin weiter zu belasten. Bis November wollen sich die EU-Staaten geeinigt haben. Kanzler Schröder jedenfalls liess bereits Kompromissbereitschaft erkennen. Er sei nicht bereit, «in irgendeiner Form zu akzeptieren, dass diese riesige Chance an kleinlicher Agrarmünze zerbricht». Allerdings – so machte er auch klar – müsse sich jeder bewegen. Dies Haltung würde wohl auch ein Bundeskanzler Edmund Stoiber einnehmen. In Brüssel glaubt denn auch niemand so recht, dass der Zeitplan der Erweiterung an dieser Frage scheitern könnte.

Ein ranghoher Diplomat jedenfalls würde «jede Wette eingehen, dass wir mit den Verhandlungen in Kopenhagen fertig werden».

## Gefahr von Zypern aus

Seitens der Kandidatenstaaten droht die grösste Gefahr für die Erweiterung von Zypern. Verhandelt wird lediglich mit der Republik Zypern, dem griechischen Südtteil der geteilten Insel. Die EU ist bereit, nur diesen Teil in die EU aufzunehmen. Andernfalls hat die griechische Regierung damit gedroht, die gesamte Erweiterung zu blockieren. Die Türkei indes drohte unlängst damit, bei einer Aufnahme nur des südlichen Inselteils den Norden Zyperns annektieren zu wollen.

Entweder müssen also die bislang erfolglosen UN-Verhandlungen über die Zukunft der Insel bis Jahresende abgeschlossen sein. Oder aber die Türkei muss ihren Widerstand aufgeben. Das Land ist offiziell zwar auch Beitrittskandidat der EU, aufgenommen wurden die Verhandlungen bislang aber nicht. Die Union könnte Ankara also als Gegenleistung eine konkretere

Perspektive für den Beitritt geben. Dagegen wehrt sich allerdings besonders die deutsche Bundesregierung.

## Problemfall Irland

Zum grössten Problem für die Erweiterung aber könnte Irland werden. Der Inselstaat hat den Vertrag von Nizza, der die EU-Institutionen fit für die Erweiterung macht, noch nicht ratifiziert. Die irische Verfassung sieht dafür ein Referendum vor. Bei einer ersten Abstimmung im Juni vergangenen Jahres lehnten die Iren den Vertrag aus den unterschiedlichsten Gründen ab. Nun soll das Referendum wiederholt werden.

Aus ranghohen Brüsseler Kreisen ist zu hören: «Das kann zu einem kompletten Fiasko werden.» Denn wenn die Iren wieder nein sagen – was nach Umfragen nicht auszuschliessen ist –, dann stünde die EU vor einem Scherbenhaufen. Einen Plan B, wie ein negatives Votum umgangen werden könnte, gibt es nach mehrfachen Beteuerungen auch von EU-Kommissionspräsident Romano Prodi nicht. In Brüssel herrscht das Prinzip Hoffnung.

## Stichwort: EU-Erweiterung

BRÜSSEL: Auf lange Sicht sollen 13 ost- und südosteuropäische Länder Mitglied der Europäischen Union werden. Die Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern sollen zum Jahresende abgeschlossen sein. Bis 2004 sollen diese Staaten Mitglied der Union sein. Rumänien und Bulgarien liegen in den Verhandlungen zurück, ein Beitritt ist für 2007 vorgesehen.

Die Türkei ist ebenfalls Beitrittskandidat, mit ihr sind die Verhandlungen aber noch nicht aufgenommen worden. Einen Zeitpunkt dafür gibt es nicht.

## 480 Millionen Menschen

Mit dem Beitritt der zehn am weitesten fortgeschrittenen Länder wächst die Bevölkerung der EU auf rund 450 Millionen Menschen. Das mit Abstand grösste Land ist Polen mit fast 39 Millionen Menschen, was in etwa der Bevölkerung Spaniens entspricht. Das kleinste Land ist Malta mit einer Bevölkerung von 400 000 Menschen, in etwa so viele wie Luxemburg. Eine EU mit 27 Mitgliedern – also einschliesslich Bulgarien und Rumänien – würde rund 480 Millionen Menschen umfassen, ein Plus von 29 Prozent. Der erwartete Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts beträgt dagegen nur neun Prozent. Das durchschnittliche BIP pro Einwohner würde sogar um 18 Prozent fallen.

## Mehrheit für Erweiterung

Eine Mehrheit der EU-Bürger ist grundsätzlich für die Erweiterung. In einer EU-Umfrage vom Mai sprachen sich 44 Prozent dafür aus, dass der EU weitere Staaten beitreten sollten. 21 Prozent waren der Ansicht, die Union solle alle Länder aufnehmen, die beitreten wollten. Nur 14 Prozent erklärten, die EU solle gar keine Staaten aufnehmen. Mit 83 Prozent beklagte eine überwiegende Mehrheit allerdings, nicht genug über die Erweiterung zu wissen. Die EU-Kommission hat für eine Informationskampagne 250 Millionen Euro bereitgestellt.

Mit ihrem Beitritt sind die zehn Staaten zunächst Mitglied der Europäischen Union. Dies bedeutet nicht, dass sie automatisch auch an der Währungsunion teilnehmen und den Euro einführen können. Dazu müssen sie zunächst zwei Jahre am Europäischen Wechselkursystem teilnehmen, um die Stabilität der eigenen Währung unter Beweis zu stellen. Im Anschluss daran muss ein Land die drei Maastricht-Kriterien erfüllen, bevor es den Euro einführen kann.

Auch am Schengen-System, das die Grenzkontrollen zwischen EU-Staaten aufhebt, sind die neuen Mitglieder nicht automatisch beteiligt. Mit Ausnahme der Tschechischen Republik und der Inselstaaten Malta und Zypern bilden alle Kandidaten eine neue EU-Aussengrenze.

## Nächste EU-Reform bis 2004

Intern wollte sich die EU mit dem Vertrag von Nizza für die Aufnahme neuer Mitglieder fit machen. Dieser reformiert die EU-Institutionen so weit, dass die neuen Staaten integriert werden können. Allerdings wurde der Vertrag vielfach als ungenügend kritisiert. Deshalb tagt seit Februar ein EU-Konvent, der unter Beteiligung auch der nationalen Parlamente und der Beitrittskandidaten die nächste umfassende Reform der EU vorbereiten soll. Diese ist für spätestens 2004 geplant. Damit der Vertrag von Nizza vorher in Kraft treten und die EU planmässig erweitert werden kann, muss er von allen 15 EU-Staaten ratifiziert werden.

# Stoppen Iren die EU-Erweiterung auf Zielgeraden?

Zweites Referendum über den Vertrag von Nizza im Oktober – Ausgang offen

BRÜSSEL: Die für 2004 geplante EU-Erweiterung um zehn Staaten könnte auf der Zielgeraden von den Iren noch gestoppt werden. Im Oktober stimmt die Bevölkerung der grünen Insel zum zweiten Mal über den Vertrag von Nizza ab, der die EU-Institutionen fit für die Aufnahme neuer Staaten machen soll.

Im Juni vergangenen Jahres war der Vertrag bei einem ersten Referendum in Irland aus den unterschiedlichsten Gründen durchgefallen, 54 Prozent der Wahlberechtigten hatten dagegen gestimmt.

## Nizza-Vertrag massgebend

Der bei dem EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 ausgehandelte Vertrag gewichtet die Stimmen im Ministerrat und die Besetzung der EU-Kommission neu, damit die Institutionen nach der Aufnahme von bis zu zwölf Staaten handlungsfähig bleiben. Allerdings kritisierten EU-Vertreter das Vertragswerk bereits kurz nach dem Abschluss als ungenügend. Eine neue EU-Reform wird derzeit von einem Konvent unter Beteiligung der nationalen Parlamente und der Beitrittskandidaten in Brüssel

vorbereitet. Beschlossen werden soll diese noch vor der Erweiterung Ende 2003.

Für die Erweiterung ist aber zunächst der Vertrag von Nizza massgebend. Damit er in Kraft tritt, muss er von allen 15 EU-Staaten ratifiziert werden. Irland ist das einzige EU-Land, in dem dafür eine Volksabstimmung erforderlich ist. Der noch geltende Amsterdamer EU-Vertrag von 1997 nimmt zwar ebenfalls Stellung zur Erweiterung, jedoch gilt er für die Aufnahme von zehn neuen Staaten als nicht ausreichend.

## Hoffen auf Zustimmung

Sollten die Iren den Vertrag von Nizza also ein zweites Mal ablehnen, wäre die Erweiterung zumindest formell blockiert. Denn bis Jahresende sollen die Verhandlungen mit den zehn am weitesten fortgeschrittenen Ländern abgeschlossen sein. Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern sollen dann nach Ratifizierung der Beitrittsverträge bis 2004 EU-Mitglied sein. Voraussetzung ist aber, dass der Vertrag von Nizza zuvor in Kraft ist.

Bislang beschränken sich die Verantwortlichen in Brüssel darauf zu betonen, dass sie auf die Zustimmung der Iren hoffen. Die Überwindung der Teilung Europas dürfe nicht verhindert werden, wird appelliert. In der Tat mag es seltsam klingen, dass rund 3,8 Millionen Iren die Zukunft von rund 75 Millionen Menschen in den zehn Staaten bestimmen können. In Brüssel wird aber darauf verwiesen, dass eben dies Demokratie sei. Was aber passiert, wenn der Vertrag dennoch abgelehnt wird, wird von der EU nicht öffentlich kommentiert. Auf Spekulationen wolle man sich nicht einlassen, betonen EU-Vertreter.

## Kein Plan B vorhanden

Einen Plan B, damit die Erweiterung bei einem zweiten Nein der Iren dennoch planmässig erfolgen kann, gebe es jedenfalls nicht, betonte unlängst auch EU-Kommissionspräsident Romano Prodi. In Brüsseler Kreisen hiess es, dies könne man unter demokratischen Gesichtspunkten auch kaum verständlich machen. Hinter vorgehaltener Hand heisst es aber, ein zweites Nein «kann zu einem kompletten Fiasko werden».

Über die Gründe, warum die Iren den Vertrag ablehnten, kann indes nur spekuliert werden. Ministerpräsident Bertie Aherne gibt zu, dass die Regierung sich nicht genügend für ein Ja eingesetzt habe, gelobte aber Besserung. Ein Motiv für die Ablehnung, so vermutete die Regierung in Dublin, sei gewesen, dass in dem Vertrag auch das Ziel der EU nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik festgeschrieben ist.

## Garantie für Neutralität

Die Iren, so die Analyse, fürchteten nun um ihre Unabhängigkeit. Deswegen hat sich Aherne auf dem EU-Gipfel von Sevilla Ende Juni von den Staats- und Regierungschefs die Garantie geben lassen, dass Irland nicht automatisch an einem militärischen EU-Einsatz teilnehmen müsse. Dass dies allein aber den gewünschten Umschwung bringt, darf bezweifelt werden. Ein Grund für den Ausgang der ersten Abstimmung war auch die niedrige Beteiligung. Die Mobilisierung dürfte im Oktober eine grosse Rolle spielen, wobei sich viele Iren schon jetzt fragen, warum das Referendum überhaupt wiederholt werden muss.